

Ungünstige Mandatszähl im Landtag

Mit acht Prozent hat Liechtenstein eine der höchsten Sperrklauseln bei Parlamentswahlen weltweit. Welche Auswirkungen und Folgen das hat, zeigte der Demokratietest des Liechtenstein-Instituts.

Gamprin. –Was hat Liechtenstein mit so grossen Staaten wie Russland, Aserbaidschan oder der Türkei gemeinsam? All diese Länder haben in ihren politischen Systemen höhere Sperrklauseln für den Einzug in das Parlament als der Durchschnitt. Dass dieser Umstand nicht nur für betroffene Kleinparteien, sondern auch für die Mandatsverteilung der etablierten grossen Volksparteien Folgen hat, zeigten gestern Wilfried Marxer und Christian Frommelt vom Liechtenstein-Institut auf. Dass dieses Thema nie ganz vom politischen Parkett verschwinden wird, zeigten auch die zahlreich erschienenen zukünftigen Landtagsabgeordneten.

Unterrepräsentierte Gruppen

Wahlen haben das Ziel, die Interessen der Bevölkerung möglichst exakt wiederzugeben. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchen Länder, verschiedene Systeme und Regelungen anzuwenden. «Um gewissen Minderheiten in manchen deutschen Bundesländern auch eine Beteiligung an Parlamenten zu ermöglichen, wurden für diese Wählergruppen die Sperrklauseln aufgehoben», erklärte Christian Frommelt. Neben der Sperrklausel lassen sich einige andere Ungleichheiten in den Wahlausgängen der Liechtensteiner Geschichte finden. «So sind Frauen, gemessen an ihrem Anteil am Stimmvolk, mit rund



Kritische Analyse: Christian Frommelt und Wilfried Marxer (v. l.) zeigten auf, wie das liechtensteinische Wahlsystem kleine Parteien benachteiligt. Bild Elma Korac

20 statt 50 Prozent Anteil an Mandaten nach wie vor unterrepräsentiert», bemerkte Wilfried Marxer. Neben dem Geschlecht werden auch manche Alters- und Berufsgruppen wenig bis kaum repräsentiert, was aber Ursachen jenseits des vom Gesetzgeber gegebenen Wahlrechts hat.

Unfaire Wahlkreise?

Bei Analysen der Wahlausgänge der Jahre 1989 bis 2013 fiel den Politologen auf, dass manche Gemeinden über die Jahre addiert chronisch unterrepräsentiert sind. So waren Balzers und Mauren, verglichen mit ihrem Stimmvolkanteil, in den vergangenen zwei Jahrzehnten teilweise fast nur halb so stark vertreten, wie sie sein sollten. Bekannt ist die nach wie vor stärkere Stimmkraft von Stimmen aus dem Unterland. Dieser Umstand resultiert aus der Zuteilung der Mandate im Landtag, der nicht auf der

Realität der Stimmvolkverteilung der zwei Wahlkreise basiert. Gemeinsam mit der hohen Sperrklausel führt das dazu, dass Mandatsverteilungen massiv Einfluss auf Mehrheitsverhältnisse und sogar Regierungsbildungen haben. «Statistisch lässt sich so eine Tendenz feststellen, dass kleine Parteien benachteiligt werden und grössere gleichermassen davon profitierten», zeigte Wilfried Marxer anhand Modellberechnungen mit verschiedenen Szenarien an Mandatszahlen und Sperrklauseln auf. So hätte bei den ersten Wahlen 1993 ein relatives Mehr der FBP auch zu einem der VU werden können. Eine Erhöhung der Mandatszahl auf eine nicht gerade Zahl mit einer möglichen Sperrminorität für das Unterland und einer kompletten Aufhebung der Sperrklausel, wie es mit 29 Abgeordneten möglich wäre, könnte Wahlausgänge in ihrer Gerechtigkeit stark optimieren. (kb)